



► Teller leergeputzt

Hartz IV reicht nicht, um sich vernünftig zu ernähren. Doch die Mangelernährung wird vertuscht. Seite 3



► Nöte ausgenutzt

Immer mehr Menschen müssen in schlecht bezahlten Jobs arbeiten. Hartz IV macht Druck auf die Löhne. Seite 5



► Das hilft!

Wer die eigenen Rechte kennt, kann bei den Behörden viel mehr erreichen. Wertvolle Tipps in den meisten Randspalten

Extrablatt

Einkommen zum Auskommen

Die Zeitung der Erwerbsloseninitiativen August / September 2010



Krach schlagen statt Kohldampf schieben. Machen Sie mit bei der bundesweiten Demonstration, um mindestens 80 Euro mehr bei Hartz IV zu erreichen. Infos und Termine auf Seite 8

Foto: : Björn Kietzmann / Campact

Vorab

Herbst der Entscheidungen

Liebe Leserin, lieber Leser,

es steht sehr viel auf dem Spiel. Im Herbst wird über das zukünftige Einkommen von Millionen von Beschäftigten, Rentnern und Erwerbslosen entschieden: Werden Sozialleistungen massiv gekürzt und die Reichen geschont? Wie hoch soll Hartz IV zukünftig sein? Wird Armut trotz Arbeit weiter zunehmen? Wir informieren Sie in dieser Zeitung über die Folgen der Regierungspolitik und darüber, wie es ganz anders gehen könnte.

Viele empfinden die Politik von Merkel und Westerwelle als zutiefst ungerecht. Doch solange alle nur zuhause jammern, wird sich nichts ändern. Mit dieser Zeitung laden wir Sie ein: Demonstrieren Sie mit uns am 10. Oktober in Oldenburg. Beteiligen Sie sich an den Protesten der Gewerkschaften im Herbst.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist angezählt. Selbst wirtschaftsfreundliche Politiker der CDU schlagen nun vor, den Spitzensteuersatz zu erhöhen – als Signal für mehr Ausgewogenheit.

Und schließlich wollen wir Sie über Ansprüche auf Sozialleistungen informieren. Diese Zeitung enthält Tipps, die bares Geld wert sein können. Wir freuen uns, wenn Sie uns Ihre Meinung zu dieser Zeitung schreiben.

Freistoß

Zu groß um umzufallen

»Da muss man doch was tun...«, murmelte Axel. Das Fernsehen berichtete mal wieder darüber, dass Leistung sich lohnen müsse. Axel rutschte jedoch immer tiefer in den Sessel. Die Augen fielen zu, und auf einmal stand er mitten in Berlin vor dem Bundesfinanzministerium. Was war das? In seinem Traum war er auf einmal unglaublich dick geworden! Rund wie eine Tonne. Und er stand genau vor der schwarzen Dienstlimousine von Wolfgang Schäuble. Und der erschien tatsächlich, die Locke lässig im Wind und ein Stapel Pappordner unter die Achsel geklemmt.

»I am too big to fail«, raunte Axel dem Minister zu. Schäubles Gesicht verfinsterte sich. Der schlichte Satz schien eine Art Geheimcode zu sein, sicher wie der Schlüssel zur Bundesdruckerei. Schäuble kramte hektisch in seinen Unterlagen, fand das Scheckbuch aber nicht. Dann entspannten sich seine Züge. »Aber Du bist ja nur der Axel«, rief er, lachte und klopfte sich auf die Schenkel.

»Mist«, dachte Axel, das wird wohl nichts mit dem großen Geldsegen. Kein Rettungsring für den Erwerbslosen Axel H. aus Wuppertal. »Nicht mit mir«, dachte er sich und rief: »But not too big to fail«, was blitzsauber der physikalischen Gewissheit entsprach, dass eine große Masse sehr gut fällt. Axel schob sich vor den Wagen und ließ sich wie eine geschälte Kartoffel auf die Motorhaube plumpsen. »Rumms, kratsch-ratsch«, machte es. Da wachte Axel wieder auf. In der Glotze fuhr – welch Zufall – gerade Schäuble samt Dienstwagen vor. Das Auto war groß, schwarz – und hatte vorne auf der Kühlerhaube eine beeindruckende Beule.

Her mit dem Leben in Würde

Die deutsche Wirtschaft ist wieder in Partylaune, während Hartz IV weiterhin die Menschenwürde verletzt. Die Bundesregierung wird etwas verändern müssen. Die Frage ist aber, wie

»Die Wirtschaft ist in Partylaune«, schließt Hans-Werner Sinn, Präsident des Münchner Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo), aus dem Anstieg des Geschäftsklimaindex im Juli. Die Notenbanken pumpen weiter billiges Geld in die Wirtschaft, die wieder mehr produziert und ihre Güter fleißig ins Ausland verschafft. Ganz so, als habe es keine Krise gegeben.

Während die Wohlhabenden, auch dank der vielen Millionen Euros, die der Staat in der Krise in die Wirtschaft gepumpt hat, wieder gut verdienen, verletzt die Bundesregierung die Menschenwürde von Millionen Menschen, die als Erwerbslose oder Beschäftigte von Hartz IV leben müssen. Das hat das Bundesverfassungsgericht im Februar 2010 festgestellt.

»Elendsgesetz« Hartz IV

»Die Ausbildungskosten ihrer Kinder müssen sich diese Eltern vom Mund absparen«, weiß Evelyn Schuckardt vom Arbeitslosenzentrum Oldenburg, die Hartz IV als ein »Elendsgesetz« kennzeichnet. Zu dem Elend gehört, dass weder der Bedarf für die Schule noch für außergewöhnliche Notlagen über Hartz IV abgedeckt ist.

Nach dem Urteil der Verfassungsrichter muss das Parlament die

Hartz-IV-Sätze noch in diesem Jahr neu regeln. Doch mit ihrem im Juni vorgestellten Sparpaket setzt die Regierung andere Zeichen: Armen Familien mit Kleinstkindern soll das Elterngeld gestrichen werden. Wer nach Jobverlust und dem Bezug von Arbeitslosengeld ins Arbeitslosengeld II wechselt, soll sofort auf den Hartz-IV-Satz heruntergestuft werden. Bisher wird in vielen Fällen noch ein Anpassungsbetrag gezahlt, der den finanziellen Abstieg etwas hinauszögert. Wegfallen sollen auch die Rentenbeiträge für alle im Hartz-IV-Bezug. »Statt die deutliche Kritik an den unzureichenden Hartz-IV-Sätzen vieler Betroffenen ernst zu nehmen, will die Regierung noch mehr Menschen auf ein Leben auf diesem Armutsniveau festlegen«, erklärt Edgar Schu vom Aktionsbündnis Sozialproteste.

Mit Blick auf ein menschenwürdiges Leben hoffen nun viele auf die politischen Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Ob die Regelsätze aber tatsächlich erhöht werden, ist offen. »Das Bundesverfassungsgericht hat die Höhe der Regelsätze nicht ausdrücklich für verfassungswidrig erklärt, sondern das Verfahren, mit dem die Regelsätze in der Vergangenheit festgelegt wurden«, stellt der Frankfurter Arbeitsforscher Rainer Roth heraus.

Pläne der Bundesregierung stoßen auf Ablehnung

Was die Bundesregierung bisher an Vorschlägen kundtat, um dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gerecht zu werden, sorgt für Kopfschütteln. So die Pläne der Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen, für Schule, Vereinsbeiträge und Nachhilfe für Kinder nur Sachleistungen vorzusehen. »Statt die Entwicklung von Kindern unbürokratisch und ohne Schikanen zu fördern, will die Regierung anderen Ländern ihre ausgebildeten Arbeitskräfte abwerben«, sagt Edgar Schu. Für Empörung sorgt auch der Vorschlag aus dem Bundesarbeitsministerium, Menschen im Hartz-IV-Bezug in Ballungsgebieten nur 25 Quadratmeter-Wohnungen zuzubilligen. »Das ist jenseits der Menschenwürde«, empört sich Martin Behrsig vom Erwerbslosenforum Deutschland.

Ein zentraler Kritikpunkt der Erwerbsloseninitiativen, Sozialverbände und Gewerkschaften ist die bisherige Bemessung des Regelsatzes aufgrund der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS): Der derzeitige Regelsatz gesteht einem Erwachsenen für Ernährung 3,94 Euro oder 1.550 Kilokalorien pro Tag zu. Ein Geldbetrag, von dem sich niemand gut ernähren kann. »Uns konnte noch kein

Politiker der Bundestagsparteien erklären, wie man sich von Hartz IV ausreichend ernähren können soll«, berichtet Edgar Schu. Erwerbsloseninitiativen fordern deshalb mindestens 80 Euro mehr im Monat für eine gesündere Ernährung.

Folgen für alle Beschäftigten

Mit der bevorstehenden Entscheidung der Bundespolitik zu Hartz IV wird auch über das Existenzminimum aller Beschäftigten entschieden. Der Grundfreibetrag bei der Steuer leitet sich aus dem Existenzminimum ab. Mehr Hartz IV bedeutet einen höheren Grundfreibetrag bei der Steuer, also höhere Nettoeinkommen. Auch für die unteren Einkommen haben die Hartz-IV-Regelsätze eine große Bedeutung. »Gerade für Frauen könnten ausreichende Hartz-IV-Sätze eine Schutzbarriere gegen Lohndumping bilden, den Druck abmildern, niedrigst bezahlte Arbeit annehmen zu müssen«, betont Claudia Kratzsch von der Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen. »Wir brauchen einen höheren Regelsatz. Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist nicht die Expertin zur Bemessung unserer Lebensrealität, wir sind Experten in eigener Sache«, fordert Martin Behrsing zum Handeln auf.



Tipps für Geringverdienende

Wer wenig verdient, hat oftmals ein Anrecht auf eine ergänzende Sozialleistung. Aber nur wenige Arbeitnehmer stellen einen Antrag. Ein Grund dafür ist, dass die Ansprüche viel zu wenig bekannt sind.

Oftmals lohnt ein Antrag

Verdienen Sie netto weniger als nachfolgend angegeben? Falls Sie in einer Partnerschaft leben, verdienen Sie beide zusammen weniger?

Monatlicher Nettolohn
zur groben Orientierung:

▷ Alleinstehende	990 €
▷ Alleinerziehende, 1 Kind	1.280 €
▷ (Ehe)Paar ohne Kind	1.380 €
▷ (Ehe)Paar, 1 Kind	1.550 €
▷ (Ehe)Paar, 2 Kinder	1.680 €

Dann haben Sie unter Umständen einen Anspruch auf Wohngeld, den Kinderzuschlag oder Hartz IV. Sie sollten sich zumindest näher informieren.

Zuschlag für Kinder

Einen Anspruch auf Kinderzuschlag können Sie haben, wenn Sie mit mindestens einem Kind zusammen wohnen, für das Sie auch Kindergeld bekommen. Das Kind muss unverheiratet und unter 25 Jahre alt sein. Den Zuschlag gibt es zusätzlich zum Kindergeld. Er beträgt bis zu 140 Euro pro Kind und Monat.

Hat das Kind eigenes Einkommen – dazu zählt auch Unterhalt – dann wird der Zuschlag entsprechend gekürzt. Den Zuschlag gibt es nur, wenn die Eltern ihren Lebensunterhalt aus eigenem Einkommen bestreiten können. Zuständig ist die Familienkasse bei der Arbeitsagentur.

Wohngeld als Mietzuschuss

Wohngeld ist ein Zuschuss zur Miete. Die Höhe hängt von der Größe des Haushalts, dem Einkommen und der Miete ab. **Beispiel:** Ein Vier-Personen-Haushalt hat bei einer Warmmiete von 600 Euro und einem Bruttoverdienst von 1.800 Euro zurzeit Anspruch auf 239 Euro Wohngeld.

Der Antrag ist relativ einfach. Es wird nur das Einkommen geprüft. Vermögen spielt praktisch keine Rolle, und Bezieher von Wohngeld haben – anders als bei Hartz IV – keine weiteren Pflichten zu erfüllen. Zuständig ist die Gemeinde- oder Stadtverwaltung. Kinderzuschlag und Wohngeld können gleichzeitig bezogen werden.

Aufstockendes Hartz IV

Auch Geringverdiener können Hartz IV bekommen. Zwar ist die Antragstellung nervig und der Leistungsbezug mit vielen Pflichten verbunden. Doch zumindest zwei Vorbehalte gegen Hartz IV stimmen nicht: Ein Auto im Wert bis 7.500 Euro schließt Hartz-IV-Leistungen nicht aus. Gleiches gilt für kleine Ersparnisse unterhalb des Vermögens-Freibetrags von 150 Euro je Lebensjahr (gleich 8.250 Euro für einen 55-Jährigen). Für die private Altersvorsorge gilt ein zusätzlicher Freibetrag.



Hallo! Ich bin Felix. Eigentlich bin ich ein ganz netter und glücklicher Mensch, wenn ich mich nicht gerade über etwas aufrege.

Ausnahmezustand wird zur Regel

In Deutschland müssen immer mehr Menschen für einen Niedriglohn arbeiten. Inzwischen verdient jeder sechste Beschäftigte unter 9,50 Euro



Foto: DGB

Der Studie zufolge arbeiten längst nicht nur Geringqualifizierte zu Niedriglöhnen. Vier von fünf Niedriglöhnern haben eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss. »Das zeigt, dass eine Ausbildung nicht mehr davor schützt, im Niedriglohnsektor zu landen«, sagt Claudia Weinkopf, »allerdings haben gering Qualifizierte ein noch deutlich höheres Niedriglohnrisiko«.

Qualifikation schützt nicht

Frauen sind erheblich stärker von Niedriglöhnen betroffen als Männer: Sieben von zehn Beschäftigten im Niedriglohnbereich sind weiblich.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert 8,50 Euro die Stunde als Einstieg in einen Mindestlohn. Der Betrag soll einen Nettolohn mindestens in Höhe der Pfändungsfreigrenze von 990 Euro garantieren. Soziale Initiativen fordern 10 Euro gesetzlichen Mindestlohn lohnsteuerfrei als das soziale Existenzminimum, um die Arbeitsuchenden vor dem Ausverkauf ihrer Arbeitskraft gesetzlich zu schützen.

Mehr Informationen: www.mindestlohn.de | Dort können Sie auch die Forderung »Deutschland braucht den Mindestlohn« unterschreiben.

»Nichts mehr zum Leben übrig«

Niedriglöhner haben ein mieses Leben. Wünsche anderer können sie nicht erfüllen, kaputt gehen darf nichts

Niedriglöhner haben dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) geschildert, in welcher Situation sie leben. Sie bleiben anonym, um keinen Ärger mit ihren Chefs zu bekommen.

»Urlaub in fremden Ländern oder in Hotels ist nicht drin, nur bei Verwandten. Sparen ist auch unmöglich. Es darf nichts kaputt gehen, weil das Geld für Neuanschaffungen fehlt«, berichtet Frau K. Sie arbeitet als Oberkellnerin in einer Gaststätte für 6,20 Euro brutto die Stunde. »Meine Tochter wünscht sich ein Nintendo DS und mein Sohn ein neues Fahrrad. Diese Wünsche kann ich nicht erfüllen.«

»Ein lebenswerteres Leben ohne Geldsorgen«, das erhofft sich die alleinerziehende Frau W. aus Erfurt von

einem Mindestlohn für sich und ihre Kinder. Für 5,30 Euro Stundenlohn füllt sie Regale im Supermarkt auf. »Den Markenkaffee, den ich einräume, kann ich mir selbst gar nicht leisten«, sagt sie. »Die Politik«, fordert Frau K., sollte mehr gegen die Arbeitslosigkeit tun. »Die Arbeitslosen sind doch das Faustpfand, weswegen Menschen sich für vier oder fünf Euro verkaufen«, sagt sie.

»Manchmal ist es so knapp, dass wir zur Tafel müssen«, berichtet Andrea L. Sie arbeitet als Mini-Jobberin im Handel für 5,67 Euro die Stunde, ihr Mann ist Pfleger und verdient 9,70 Euro. Sie haben drei Kinder und beziehen aufstockend Hartz IV.

»Den Markenkaffee, den ich einräume, kann ich mir gar nicht leisten«

»In der Urlaubszeit nicht nur zuhause sitzen, sondern mit den Kindern mal einen Freizeitpark besuchen oder ins Kino gehen«, das ist Andreas größter Wunsch. »Keiner stellt mehr sozialversicherungspflichtiges Personal ein«, klagt Andrea L. und fordert: »Schafft die 400-Euro-Jobs ab!«

»Ich wünsche mir, mal wieder richtig einkaufen zu können und im Winter die Heizung aufdrehen zu können, damit ich auch mal eine warme Wohnung habe.« Karen M. aus Hessen sitzt die Angst vor der nächsten Strom- und Heizkostenabrechnung im Nacken. Sie arbeitet als Altenpflegerin in einem privaten Al-

tenheim – sieben Stunden am Tag, 12 Tage durchgehend, dann einen Tag frei. 1150 brutto bekommt sie dafür monatlich. Karen M. sagt: »Alle Preise steigen, nur nicht der Lohn. Es ist traurig, dass jemand, der arbeiten geht, nichts mehr zum Leben übrig hat.«

»Monat für Monat verschulden wir uns weiter, obwohl ich sogar Überstunden mache«, schildert Herr S. aus Baden-Württemberg. Er ist Leiharbeiter, arbeitet Vollzeit im Lager, ist verheiratet und hat zwei Kinder. »Ich weiß nicht mehr, wie wir die Rechnungen bezahlen sollen«, sorgt sich Herr S., »man kann

sich nichts, aber rein gar nichts gönnen. Täglich wartet man darauf, dass es an der Tür klingelt und der Gerichtsvollzieher da steht.«

Arbeit soll Existenz sichern

Mehr und bessere Arbeitsplätze fordert Bernhard Jirku von ver.di in einem Kommentar

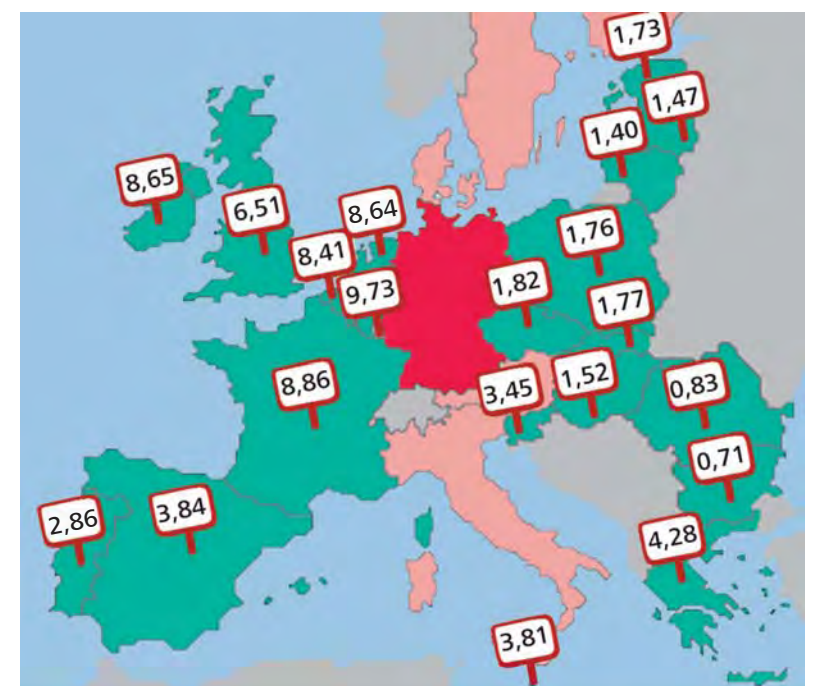
Existenzsichernde, gute Arbeit. Oft gesucht – sie ist viel zu wenig vorhanden. Seit Jahrzehnten arbeiten neoliberale Unternehmensverbände an dem Projekt »Jobs-Jobs-Jobs«. Arbeit auch für Geringqualifizierte versprechen sie, doch die Menschen in Erwerbsarmut sind zu drei Vierteln qualifiziert. Über Anspruchslöhne und zu hohe Hartz-IV-Leistungen klagen sie, die Absenkung des Existenzminimums meinen sie. Und mehr Lohnspreizung fordern sie: oben darf es mehr sein, unten sehr viel weniger. In Deutschland sind sie damit besonders erfolgreich.

Dabei sollten Arbeitgeberverbände und Unternehmer einfach den Blick schweifen lassen: In anderen europäischen Ländern schützen flächen-

deckend wirksame Tarifverträge und Mindestlöhne gegen Hungerlöhne, ohne dass die Volkswirtschaften zusammengebrochen wären. Im Gegenteil, am Ende stehen diese Länder mit einem Zuwachs an Beschäftigung und einer stärkeren Kaufkraft da.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund setzt sich für existenzsichernde Mindestlöhne ein. Für einen allgemeinen Mindestlohn als gesetzliche Untergrenze und darüber hinaus für verbindliche Mindestlöhne per Tarifvertrag. Der gesetzliche Mindestlohn und ein Recht auf existenzsichernde Arbeit sind Ziele, für die es sich zu kämpfen lohnt, denn sie sind längst noch nicht durchgesetzt.

Bernhard Jirku ist bei ver.di für Erwerbslose zuständig.



20 der 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union haben einen Mindestlohn. Außer in Deutschland haben die Länder ohne Mindestlohn eine hohe Tarifbindung, die die Löhne nach unten absichert. Quelle: WSI



Gemeinsam statt gegeneinander

Liebe Leserin, lieber Leser,

sind auch Sie gestresst von Ihrer Arbeit? Verdienen Sie viel weniger als Sie leisten? Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fühlen sich ungerecht behandelt. Sie sehen sich als Zu-kurz-Gekommene – und das völlig zu Recht.

Hartz IV darf auf keinen Fall erhöht werden. Das forderte der Vizekanzler und FDP-Chef Guido Westerwelle, nachdem das Verfassungsgericht verlangt hatte, die Leistungen neu zu berechnen. Höhere Hartz-IV-Sätze wären ungerecht gegenüber allen, die arbeiten, sich abmühen und auch wenig Geld haben, findet Westerwelle. Wer arbeitet soll mehr haben. Nicht mehr als ein weiterer Versuch, Beschäftigte gegen Erwerbslose in Stellung zu bringen.

Westerwelle verschweigt, dass keineswegs nur Erwerbslose Hartz IV bekommen, sondern auch 1,4 Millionen Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben können. Er verschweigt, dass Arbeitenden bei Hartz IV immer mehr Geld zusteht als Erwerbslosen, bis zu 310 Euro monatlich. Dafür sorgen spezielle Freibeträge für Erwerbstätige. Vor allem aber gilt: Kein einziger Geringverdiener hat auch nur einen Cent mehr in der Tasche, wenn Hartz IV so niedrig bleibt. Profitieren würden Geringverdiener hingegen von einem Mindestlohn.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben gemeinsame Interessen – egal ob sie gerade beschäftigt sind oder erwerbslos. Sie alle wollen gute Arbeitsplätze und gutes Geld für ein gutes Leben. Und sie alle brauchen ein soziales Netz, das bei Erwerbslosigkeit vor sozialem Abstieg und Armut schützt.

»Teile und herrsche« – das Motto derjenigen, die oben stehen

Die Stimmungsmache gegen Erwerbslose wird wieder neu losgehen, wenn im Herbst im Bundestag die Entscheidung über die Hartz-IV-Sätze bevorsteht. »Teile und herrsche« ist das Motto derjenigen, die oben sind und Privilegien genießen. Sie wollen, dass diejenigen, die unten sind, sich möglichst untereinander beharken und nicht aufbegehren.

Die Grenze verläuft zwischen oben und unten

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass ihre Rechnung diesmal nicht aufgeht. Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen. Das nutzt nur denen, die wollen, dass sich nichts ändert, weil sie bereits auf der Sonnenseite leben. Die Grenze verläuft nicht zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen, sondern zwischen oben und unten. Kämpfen wir gemeinsam für einen gesetzlichen Mindestlohn, anständige Tariflöhne und höhere Hartz-IV-Leistungen.



Foto: Martin Sieber

Gesund geht anders

3,94 Euro pro Person sieht Hartz IV für Essen und Trinken an einem Tag vor. Das zwingt zur ungesunden Ernährung. Die Mangelernährung wird jedoch vertuscht. Von Rainer Roth

Schleichender Entzug von Mitteln für Essen und Trinken ist das Rezept von Hartz IV. 2010 ist dafür in den Regelsätzen real 12,5 Prozent weniger drin als noch 2005, für Alleinstehende heute 3,94 Euro aktuell pro Tag, bei Paaren 3,54 Euro pro Person.

Die Zahlen sind das Ergebnis der sogenannten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die das Statistische Bundesamt alle fünf Jahre durchführt. Die diesjährigen Zahlen weisen aus, dass Alleinstehende aus dem untersten Fünftel der Einkommensgruppen der EVS, welche nicht auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen sind, 3,94 Euro für Essen und Trinken ausgeben.

Und was dieses untere Fünftel für Ernährung ausgibt, sieht der Staat als soziokulturelles Existenzminimum. Würde die Stichprobe ergeben, dass diese Menschen zwei Euro pro Tag für Essen und Trinken ausgeben, einfach, weil sie nicht mehr zur Verfügung haben, wäre dies das Existenzminimum, obwohl kein Mensch davon leben könnte. Tatsächliche Bedarfe lassen sich so nicht ermitteln.

Je 1,58 Euro für Mittag- und Abendessen und 78 Cent für Frühstück, Getränke inklusive, sollen dem soziokulturellen Existenzminimum entsprechen. Zwei Drittel erklären in Umfragen, damit sei gesunde Ernährung nicht möglich. Sie haben recht.

Kalorienmenge nur durch ungesunde Ernährung

Was ein Mensch für gesunde Ernährung braucht, hat das Forschungsinstitut für Kinderernährung (FKE) in Dortmund für Mai 2007 untersucht. Zugrunde gelegt wurden Mittelwerte der Preise von Discountern und Supermärkten. Fortgeschrieben bis Juli 2010 braucht jeder Mensch 2,55 Euro pro 1.000 Kilokalorien (kcal). Hartz IV gesteht also Alleinstehenden gerade mal 1.545 Kilokalorien zu. Damit kann ein Durchschnittserwachsener, wenn er sich gesund ernähren will, nicht mal die Funktionen des Herzens, der Verdauung und des Hirns im Ruhezustand aufrecht erhalten.

Diese Lage zwingt Hartz IV-Bezieher dazu, sich entweder ungesund

zu ernähren, um halbwegs auf die nötige Kalorienmenge zu kommen, und damit entsprechende Mangelkrankheiten in Kauf zu nehmen. Oder sie müssen bei anderen Regelsatzbestandteilen Abstriche machen, um mehr Mittel für eine gesunde Ernährung zur Verfügung zu haben. Dann ist noch weniger Geld dafür da, am kulturellen Leben teilzunehmen oder auch mit dem Bus in die Innenstadt zu fahren.

Wer sich bewegt, braucht eine Menge Energie. Ein in Größe und Gewicht durchschnittlicher Erwachsener benötigt bei ausreichender Bewegung insgesamt mindestens 2.550 Kilokalorien.

Daraus ergibt sich ein aktueller Bedarf für gesunde Ernährung pro Tag von 6,50 Euro statt der ausgezahlten 3,94 Euro. Im Monat sind das an die 80 Euro mehr.

Wenn nicht nur der zusätzliche Bedarf für gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung anzuerkennen ist, sondern auch der vom Paritätischen Wohlfahrtsverband errechnete höhere Bedarf an Mobilität, Kommunikation und Freizeitaktivitäten in

Höhe von ebenfalls etwa 80 Euro, ist ein entsprechender Eckregelsatz notwendig.

Die Mangelernährung mit Hartz IV wird massiv vertuscht. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung zum Beispiel – die Ratgeberin der Bundesregierung – geht unter anderem vom Energiebedarf von Menschen aus, die viel weniger wiegen und viel kleiner sind als der heutige Durchschnitt. Sie unterstellt Bewegungsarmut, geht nur von Discountpreisen aus und nimmt nur die untersten Preise, nicht die mittleren. Das Thema »Gesunde Ernährung« gehört ins Zentrum der Kritik an Hartz IV.

 Mehr Informationen als pdf im Netz: www.500-euro-eckregelsatz.de/mat/foerdern-durch-mangelernaehrung-a5.pdf

■ Rainer Roth war bis Anfang 2008 Professor für Sozialwissenschaften an der Fachhochschule Frankfurt am Main. Er ist Vorsitzender von Klartext e.V. und arbeitet im Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne mit.

Jenseits der Realität

Bei Hartz IV bekommen Alleinstehende 359 Euro, Ehepartner jeweils 323 Euro und Kinder zwischen 215 und 287 Euro – zuzüglich der Miete bis zu bestimmten Obergrenzen.

Diese sogenannten Regelleistungen setzen sich aus ganz vielen Einzelpositionen zusammen.

Im Hartz-IV-Satz für alleinstehende Erwachsene sind 6,52 Euro monatlich vorgesehen, um Kultur- und Sportveranstaltungen zu besuchen. Eine Kino-Karte oder eine Stehplatzkarte im Stadion kosten jedoch deutlich mehr. 11,49 Euro monatlich stehen für Fahrkarten zur Verfügung. Einige wenige Fahrten mit dem Bus und das Geld ist aufge-

braucht. 64,08 Euro jährlich sollen reichen, um einem Kind Sport- und Straßenschuhe zu kaufen. Kinderfüße wachsen aber schneller. »Kinderschuhe kann man auch nicht gebraucht kaufen, alte ausgetretene Schuhe sind aus vielerlei Gründen unzumutbar«, erläutert Frank Jäger vom Wuppertaler Erwerbslosenverein Tacheles.

Für den Kauf einer Waschmaschine – besser gesagt fürs Sparen darauf – sind jährlich 19,08 Euro vorgesehen und für ein Kinderfahrrad 5,88 Euro. »Die Methode, wie die Hartz-IV-Sätze bisher ermittelt werden, ist kriminell«, kritisiert Frank Jäger.

Von den statistisch erfassten, durchschnittlichen Ausgaben der ärmsten 20 Prozent der Ein-Perso-

nen-Haushalte könne kein Mindestbedarf abgeleitet werden. In der maßgebenden Statistik, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), wurden 2000 einkommensschwache Haushalte befragt. Nur 29 dieser Haushalte gaben überhaupt Geld für ein Fahrrad aus. Bezogen auf alle befragten Haushalte ergibt sich daraus dann der völlig realitätsferne Durchschnittswert von 5,88 Euro für ein Fahrrad.

Für Bildung ist übrigens kein einziger Cent in den Hartz-IV-Sätzen enthalten. Bildungsausgaben seien für Hartz-IV-Bezieher »nicht relevant«, lautet die abenteuerliche Begründung der Regierung.

Monatlich braucht ein Paar mit einem Kind* für...	
Nahrungsmittel	331 €
Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgegenstände usw.	114 €
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	106 €
Kleidung und Schuhe	104 €
Wohnen (ohne Miete und Heizung)	80 €
Verkehr	73 €
Post, Telefon, Internet	61 €
Gesundheitspflege	22 €
Bildungswesen	20 €
Bewirtung und Übernachtung	17 €
andere Waren und Dienstleistungen	51 €
gesamt	979 €
tatsächliche Regelleistung nach SGB II**	897 €

* 6 bis 13 Jahre, Konsumausgaben von Einkind-Familien im unteren Fünftel der Einkommensverteilung (ohne Sozialhilfeempfänger) laut EVS 2003. Quelle: Becker 2009, Hans Böckler Stiftung 2010.

Ein Paar mit Kind bekommt 897 Euro Hartz IV. Deutlich weniger als das, was das ärmste Fünftel der Einkind-Familien, ohne Hartz-IV-Bezieher, tatsächlich ausgibt.



Tipps für Arbeitnehmer, die arbeitslos werden

Der Verlust des Arbeitsplatzes ist ein Schock, der erst einmal verkraftet werden muss. Aber gerade wenn die Arbeitslosigkeit bevorsteht, ist ein kühler Kopf nötig.

Frühzeitig zum Amt

340.000 Arbeitnehmer bekamen im vergangenen Jahr eine Strafe aufgebrummt, weil sie sich zu spät bei der Arbeitsagentur – früher Arbeitsamt genannt – meldeten. Sie erhielten zum Beginn der Arbeitslosigkeit eine Woche lang kein Arbeitslosengeld (ALG). Im Schnitt gehen dadurch 180 Euro verloren.

Deshalb ist es ganz wichtig zu wissen: Spätestens drei Monate bevor Ihr Arbeitsverhältnis endet, müssen Sie sich persönlich bei der Arbeitsagentur arbeitsuchend melden. Wenn Sie die Drei-Monats-Frist gar nicht einhalten können – etwa wenn Ihr Arbeitgeber Ihnen mit einer kürzeren Frist gekündigt hat –, dann gilt: Sie müssen sich innerhalb von nur drei Tagen bei der Arbeitsagentur melden.

Länger ALG beziehen

Ältere Arbeitslose können länger ALG bekommen: Ab dem 50. Geburtstag bis zu 15 Monate, ab dem 55. bis 18 Monate und ab dem 58. Geburtstag bis 24 Monate.

Stehen Sie kurz vor einer dieser Altersstufen? Dann kann es vorteilhaft sein, den Bezug von ALG etwas hinauszuzögern. Das ist zulässig. Sie können bei der Arbeitslosmeldung selbst bestimmen, ab wann der Leistungsbezug beginnen soll. Dann bekommen Sie zwar für die Tage bis zum 50., 55. oder 58. Geburtstag kein ALG. Dafür aber drei oder sogar sechs Monate länger. Allerdings wirkt der alte Krankenversicherungsschutz nur einen Monat nach. Danach muss man sich vorübergehend – bis der ALG-Bezug beginnt – selbst krankenversichern.

Bei der Steuerklasse kein Geld verschenken

Viele Verheiratete wechseln die Steuerklasse, wenn sie arbeitslos werden. Sie überlassen ihrem noch in Lohn und Brot stehenden Ehepartner die günstigere Steuerklasse. Davon raten wir dringend ab. Denn je schlechter die Steuerklasse, desto weniger Geld gibt es von der Arbeitsagentur.

Beispiel:

Nach einem Bruttoverdienst von 1.800 € beträgt das ALG pro Monat je nach Steuerklasse

- ▷ 835 € (Steuerklasse III)
- ▷ 749 € (Steuerklasse IV, Faktor 0,85)
- ▷ 733 € (Steuerklasse IV)
- ▷ 602 € (Steuerklasse V)

In der Regel ist es vorteilhaft, wenn der arbeitslose Ehepartner die günstigere Steuerklasse hat. Zwar zahlt dann der verdienende Ehepartner monatlich zuviel Steuern. Die gibt es aber beim Steuerjahresausgleich vom Finanzamt zurück.



Ich mag es, leckeres Zeug im Café zu trinken. Ein gutes Leben ist machbar. Doch meistens ist mein Geldbeutel zu leer dafür.



Fotos: Stefanie Hofschläger/ Manfred Horn | Bildmontage: Manfred Horn

Billig ist nicht besser Für faire Milch

Kunden freuen sich über günstige Lebensmittel. Discounter und Konzerne wie Lidl, Aldi und Edeka diktieren die Preise. Bei den Erzeugern bleibt immer weniger übrig. Die Zeche zahlen die, die für Niedriglohn auf dem Land arbeiten

Die vier Getreide-Silos sind gut gefüllt, verkaufen kann Peter Schröder nichts davon. Der 43-Jährige bewirtschaftet einen 90 Hektar-Hof im Emsland. Er ist Bauer in vierter Generation. Als er vor acht Jahren den Hof übernahm, hat er sich entschlossen, auf Bio umzustellen. Einfach gesünder und schmackhafter seien Getreide und Gemüse, sagt er. Und er versprach sich davon mehr Gewinn: Bio boomt, immer mehr Lebensmittelketten stellen Bio-Produkte in die Auslagen. Die kosten den Kunden zwar mehr Geld, versprochen aber lange Jahre auch mehr Gewinn für die Bio-Bauern. Doch die Rechnung geht nicht mehr auf. Bio ist zur Massenware geworden, und die großen Lebensmittel-Discounter drücken mächtig auf die Preise. Durch die Sommerhitze erntete Peter Schröder rund ein Fünftel weniger Weizen als üblich, doch die Preise sind weiterhin im Keller. Dem 1,95 Meter großen Mann fällt es schwer, auf bessere Preise zu warten.

Wenn er an sein riesiges Kühlhaus mit Wasch- und Verpackungsanlage denkt, steigt ihm die Zornesröte ins Gesicht. 200.000 Euro hat er da reinsteckt, alles auf Kredit. Er hat einen Vertrag mit einer großen Lebensmittelkette geschlossen, die das Kühlhaus zur Bedingung gemacht hat. Er muss endverbraucherfertig liefern, also nicht nur ernten, sondern auch waschen, verpacken, kühlen und lagern. Die Anlage ist längst nicht abbezahlt, und der Preis, den er für die Karotten bekomme, die er dort hauptsächlich verarbeitet, decke nicht einmal die Produktionskosten, grummelt Peter Schröder.

Billige Arbeitskräfte aus Polen

In seiner Not greift er auf billige Erntehelfer zurück, viele von ihnen kommen aus Polen. Er zahlt ihnen einen geringen Lohn und sichert sie sozial nicht ab. Ein schlechtes Gewissen hat er nicht, irgendwie müsse er den Hof ja über Wasser halten, sagt er. So sind die Lebensmittelkonzerne die einzigen, die an seinen leckeren Bio-Möhren noch etwas verdienen.

Und die Konkurrenz wächst. Bio wird zum globalen Geschäft. Spanische Produzenten etwa werfen seit Jahren auch Erdbeeren oder Tomaten in Bio-Qualität auf den internationalen Markt. In Spanien und in vielen anderen Ländern erhalten die ArbeiterInnen auf den Feldern noch weniger Geld. Deutsche Erzeuger gehen zunehmend dorthin, wo noch ein ordentlicher Gewinn winkt: Sie ziehen Geflügelmastfarmen knapp hinter den Landesgrenzen hoch, weil dort die Lohnkosten und Steuern niedriger sind und die Tier- und Umweltschutzaufgaben oft nur auf dem Papier stehen.

In Bielefeld, rund 150 Kilometer südöstlich vom Emsland, legt Andrea Schwarz ihren Einkauf aufs Band und schaut dabei in die müden Augen der Kassiererin. Auf dem Kassendisplay erscheinen die Preise der Waren: 500-Gramm-Brot für 49 Cent, Bananen für 1,09 Euro das Kilo, 1,24 Euro für acht Scheiben Käse. Sie ist froh, beim Discounter günstig einkaufen zu können. Zuhause wälzt sie die Werbung und geht dahin, wo es die passenden Angebote gibt. In ihrem Stadtteil sind sie alle versammelt, Aldi, Lidl, Netto und Rewe. Die 32-Jährige ist alleinerziehend und lebt mit ihrer achtjährigen Tochter von Hartz IV. Ein Liter Milch für 50 Cent und eine Kinderjeans für 9,99 Euro? »Ich frage mich, wie das geht, aber mir bleibt keine andere Wahl als billig zu kaufen«, sagt Andrea Schwarz.

»Die Discounter sitzen beim Einkauf am längeren Hebel. Sie werden immer größer und mächtiger«, erklärt Marita Wiggerthale von der »Supermarktinitiative«, die dafür kämpft, dass die Handelskonzerne ihre Produkte fair einkaufen. Heute teilen sich Edeka, Rewe, Aldi, Lidl, Metro und Tengelmann 90 Prozent des Marktes. Je größer sie sind, desto stärker können sie den Lieferanten ihre Preise aufzwingen. »Die Zeche zahlen die Arbeiterinnen und Arbeiter, die auf Feldern und in Fabriken die Lebensmittel herstellen – hierzulande und weltweit«, erläutert Marita Wiggerthale weiter.

Discounter und Supermarktketten liefern sich untereinander einen knallharten Kampf um die günstigsten Preise. Mehr Kunden im eigenen Laden, das bedeutet mehr Gewinn. Karl und der im Juli verstorbene Theo Albrecht scheffelten sich mit ihrem Discounter Aldi über 30 Milliarden Euro in die eigenen Taschen. Die Beschäftigten im Einzelhandel haben das Nachsehen: Niedriglöhne und Minijobs bedeuten für viele arm sein trotz Arbeit. Der Leistungsdruck ist extrem, unbezahlte Überstunden kommen oft vor.

Weniger als ein Euro am Tag

Im Osten und Süden der Welt ist noch krassere Ausbeutung die Folge des Preiskampfs der Handelskonzerne. Näherinnen etwa verdienen weniger als einen Euro am Tag. Wer krank wird und nicht zur Arbeit erscheint, hat keine mehr. »Bei Arbeitstagen von bis zu zwölf Stunden erhalten die Wenigsten auf den Ananas-Plantagen den gesetzlichen Mindestlohn«, berichtet ein Gewerkschafter aus Costa Rica.

Mehr Informationen: www.supermarktmacht.de | Dort können Sie fordern, dass es beim Einkauf umweltverträglich und sozial zugehen soll.

Die Preise, die Bauern für ihre Milch bekommen, decken die Kosten nicht mehr. Jetzt machen Bauern und Erwerbslose gemeinsame Sache

Im März setzten sich Bauern, die im Bund deutsche Milchviehhalter (BDM) organisiert sind, zusammen mit Erwerbslosen in einer Aktion für einen fairen Milchpreis und faire Regelleistungen für Erwerbslose bei einem Kongress der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion ein – und sprengten damit fast die Veranstaltung. Am 1. Mai fuhr in Leer Milchbauern mit ihren Zugmaschinen beim gewerkschaftlichen Maiumzug mit. Ende Mai organisierten Landwirte, GewerkschafterInnen und Erwerbslose in Oldenburg eine Kundgebung gegen die Marktmacht der Discounter. Ernst Steenken, Ottmar Ilchmann und Werner Ahlers sind drei der Bauern, die bei den Aktionen dabei sind.

Bisher galten Bauern bei vielen als diejenigen, die über leistungsunwillige Erwerbslose klagen und die daher auf Erntehelfer aus Polen setzen. Wie kommt es, dass Sie mit Erwerbslosen und Gewerkschaftern gemeinsame Sache machen?

Ottmar Ilchmann: Wir können unseren Kampf für faire Milchpreise nicht alleine gewinnen, zu stark sind die Interessen von Milchindustrie und Handel. Bei Gesprächen mit Gewerkschaften zeigte sich sehr schnell, dass wir starke gemeinsame Gegner haben, gegen die wir nur vereint etwas ausrichten können.

Wäre es nicht viel einfacher, wenn Erwerbslosen das ALG II weiter gesenkt würde? Dann hätten sie noch mehr Druck, ihre Arbeitskraft – auch an Bauern – billiger zu verkaufen.

Werner Ahlers: Auf einer Milchbauerntagung hörte ich tatsächlich, wie ein landwirtschaftlicher Berater kundtat, dass die Nähe der Stadt Bremerha-

ven mit ihrer hohen Arbeitslosigkeit hilfreich sei bei der Suche nach willigen und billigen Arbeitskräften. Ich finde eine solche Einstellung zynisch. Die meisten Familienbetriebe können gar keine Fremdarbeitskräfte beschäftigen. Sie können dem Kostendruck der Großbetriebe nur begegnen, indem sie sich selbst ausbeuten und die Familie unentgeltlich einbinden, also auch die Kinder und die Älteren.

Was stört Sie daran, wenn die Politik sagt, die Bauern sollen ihre Milch weltweit exportieren um zu überleben?

Ernst Steenken: Auf dem Weltmarkt ist für europäische Milchbauern nichts zu verdienen. Länder mit besseren klimatischen Bedingungen können günstiger produzieren. Deshalb können wir den Weltmarkt nur beliefern, wenn die Milch subventioniert wird. Dadurch werden wiederum Milchmärkte in Drittländern gestört, die Bauern dort geraten in Not. Wir wollen einen existenzsichernden Milchpreis für Bauern auf der ganzen Welt. Milch ist ein wertvolles, empfindliches Nahrungsmittel, das regional erzeugt werden sollte. Wir wollen uns auf die Versorgung des europäischen Marktes mit hochwertigen Milchprodukten konzentrieren. Nur müssen die Kunden in Europa auch in der Lage sein, einen fairen Preis für unsere Milch zu zahlen, und deshalb haben wir ein Interesse an guten Löhnen für Arbeitnehmer und angemessenem Arbeitslosengeld für Erwerbslose.

Mehr Informationen unter www.bdm-verband.de. Mehr zu den Aktionen: [Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg](http://Arbeitslosenselbsthilfe-Oldenburg), www.also-zentrum.de



Verlangen, was gut ist

Verbraucher bestimmen, was auf den Tisch kommt

- Regional und direkt: möglichst Lebensmittel aus der Region kaufen.
- Ökologisch angebaute Produkte verlangen: Der Mehrwert von Bio-Lebensmitteln für Tiere und die Umwelt ist nachgewiesen. Bio-Grundnahrungsmittel sind in der Regel zwar teurer als konventionell erzeugte Ware, der Abstand hat sich aber deutlich verringert.
- Fair gehandelte Produkte nachfragen: Ein Handelssiegel wie etwa das Fair-Trade-Siegel garantiert, dass diejenigen, die die Lebensmittel anbauen, besser bezahlt und sozial abgesichert werden.
- Gesunde Lebensmittel auf den Tisch: Viele Nahrungsmittelerzeug-

nisse aus dem Supermarkt sind ungesund: Zucker, Konservierungsmittel, reichlich Fette, Salz und Nahrungsmittelzusätze stecken in den meisten Fertig- und Halbfertigprodukten, in den Getränken und inzwischen häufig sogar im Brot. Übergewichtig und damit von Krankheit bedroht sind in Deutschland vor allem arme Menschen. Kinder in so genannten Bedarfsgemeinschaften sind besonders gefährdet.

► Wer frisch kauft und selber zubereitet, lebt gesünder. Mit dem Regelsatz von monatlich 118 Euro für eine erwachsene Person, also 3,94 Euro täglich, ist eine dauerhafte gesunde Ernährung aber nicht zu schaffen.



Foto: Werner Bachmeier

»Unsere Reinigungskräfte nehmen vieles in Kauf, um ihre Arbeit zu behalten«, schildert Betriebsrätin Susi Neumann aus Gelsenkirchen, »sie brauchen das Geld und haben Angst vor Arbeitslosigkeit und Hartz IV«. Gebäudereinigung sei oft Knochenarbeit, die Sitten roh in der Branche und die Putz-Einsätze häufig zerstückelt und zu ungünstigen Tageszeiten, berichtet die aktive Gewerkschafterin. Vieles werde geschluckt. Etwa wenn die geforderte Putzleistung in der bezahlten Arbeitszeit gar nicht zu schaffen ist. Neumann ermutigt dazu, sich nicht alles gefallen zu lassen. Sie weiß aber auch: »Je tiefer der mögliche Fall, desto mehr Kraft und Mut kostet der aufrechte Gang«.

Erwerbslose unter Druck

Vom Druck am anderen Ende des Arbeitsmarktes berichtet Martin Künkler von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS): Vom älteren, gelernten Werkzeugmacher, der als Leiharbeiter eine Helfertätigkeit machen soll, von Mini-Jobs ohne Sozialversicherung, die verpflichtend sind und von Stellenangeboten vom Amt für fünf oder sechs Euro die Stunde. Erwerbslose müssen jedes Stellenangebot annehmen und auch selbst aktiv nach schlechter Arbeit suchen. Sonst wird ihr Hartz-IV-Satz von 359 auf 251 Euro gekürzt und im Wiederholungsfall ganz gestrichen. »Mit Hartz IV werden Erwerbslose erpresst und in niedrige Löhne und miese Jobs gezwungen«, kritisiert Martin Künkler. Auch die viel zu niedrigen Hartz-IV-Leistungen sorgen dafür, dass aus der Not heraus niedrig bezahlte Arbeit gemacht werde.

Hauptsache Arbeit: Beschäftigte machen Zugeständnisse, um nicht arbeitslos zu werden und in Hartz IV abzustürzen. Und Hartz-IV-Bezieher sind der Nachschub für Jobs,

Gebäudereinigung ist oft Knochenarbeit. Aus Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, schlucken Beschäftigte unbezahlte Überstunden und nehmen zerstückelte Einsätze in Kauf.

Not macht erpressbar

Hartz IV macht Druck, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Diejenigen, die Arbeit haben, machen Zugeständnisse, um den Absturz zu vermeiden

die kaum jemand freiwillig annehmen würde. »Hartz IV hat den Arbeitgebern massiv in die Hände gespielt und dazu beigetragen, den Niedriglohnbereich auszuweiten«, sagt Martin Künkler. Zwar schützten die Tarifverträge die Arbeitnehmer. »Durch das Lohndumping geraten aber auch Tariflöhne unter Druck«.

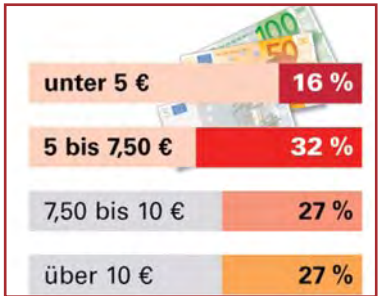
Altkanzler Schröder wollte den Niedriglohnsektor

Der Lohndruck nach unten war von den Erfindern der Agenda 2010 gewollt. Kurz nach seinem Amtsantritt erklärte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder: »Wir müssen einen Niedriglohnsektor schaffen, der die Menschen, die jetzt Transfer-Einkommen beziehen, wieder in Arbeit und Brot bringt«. Nachdem die

Hartz-Gesetze in Kraft getreten waren, meldete Schröder auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos Vollzug: »Wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt«.

»Die offiziellen Statistiken belegen ebenfalls die dramatische Entwicklung am Arbeitsmarkt, wenn man genau hinschaut«, sagt Ralf Krämer aus der Wirtschaftsabteilung von ver.di. Er hat die längerfristigen Trends untersucht und dazu zwei – wirtschaftlich gesehen – sehr ähnliche Jahre miteinander verglichen: 2008, das letzte Jahr des vergangenen Aufschwungs, mit 2000, dem letzten Jahr des vorletzten Aufschwungs. Im Vergleich wurden 2,3 Millionen sozial abgesicherte Vollzeitstellen abgebaut. Die Zahl der Leiharbeiter stieg hinge-

gen um 440.000 an, 1-Euro-Jobs um 290.000 und Minijobs ohne sozialen Schutz um 770.000. »Höchste Zeit, das Unwesen der Hartz-Gesetze zu überwinden«, meint Martin Künkler, »gerade auch, um den Beschäftigten wieder den Rücken zu stärken«.



Diese Stundenlöhne erhalten ehemalige Arbeitslosengeld-II-Empfänger, wenn sie eine neue Stelle antreten. Quelle: IAB, 2009

Schule hat begonnen

Schulausgaben werden bei Hartz IV kaum berücksichtigt. Zu oft bleiben Magen und Tornister leer

Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen der Schulmaterialienkammer der Diakonie Paderborn-Höxter wollten es genau wissen. Sie führten ein Jahr Buch darüber, welche Ausgaben für ein Schulkind anfallen: Tornister, Hefte, Stifte, Turnschuhe, Bastelmaterial, Wandertag und vieles andere mehr. »Das erste Schuljahr kostet allein rund 290 Euro«, berichtet Susanne Bornefeld, Leiterin des Arbeitslosenbüros der Diakonie und Initiatorin der bundesweit ersten Schulmaterialienkammer.

Wer Hartz IV oder den Kinderzuschlag für Geringverdienende bezieht, bekommt nur eine Einmalzahlung von 100 Euro pro Kind und Schuljahr. Schon ein verkehrssicherer und den Rücken schonender Tornister kostet mehr, weiß Susanne Bornefeld. Die Erwerbsloseninitiativen fordern daher schon lange, dass die tatsächlich anfallenden Kosten für die Schule auch für Geringverdienende und Erwerbslose bezahlbar sein müssen. »Bildung darf nicht länger vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein«, fordern auch die Ehrenamtlichen der Schulmaterialienkammer aus Paderborn.

Die Erwerbsloseninitiativen konnten bereits einige Verbesserungen erwirken (siehe Kasten). Aber die Ausgaben für die Schule sind nur ein Grund, warum Hartz IV und der Kinderzuschlag für Geringverdienende erhöht werden müssen: So sind im Hartz-IV-Satz für ein 10-jähriges Kind monatlich nur 92 Cent für Spielsachen, sowie jährlich nur 64 Euro für Kinderschuhe und nur 5,90 Euro fürs Sparen auf ein Fahrrad vorgesehen.

»Kinderarmut in Kauf genommen«

»Die Erfinder der Hartz-Gesetze haben Kinderarmut und Bildungsarmut billigend in Kauf genommen«, ärgert sich Susanne Bornefeld. »Was Eltern und Kinder bei Hartz IV zusammen zusteht, ist so niedrig, um die Menschen in schlecht bezahlte Arbeit zu drängen«.

In diesem Herbst muss die Bundesregierung Hartz IV neu festsetzen. Ob und um wie stark Kinder davon profitieren, ist offen.



Foto: Manfred Horn

Kämpfen lohnt

Die Erwerbsloseninitiativen konnten erreichen, dass über 50 Städte und Gemeinden eine Extra-Leistung für die Schule zahlen – meistens zwischen 50 und 100 Euro.

Gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden forderten die Initiativen weiterhin, dass arme Kinder in der Schule nicht benachteiligt werden dürfen und ihr wachstumsbedingter Bedarf gedeckt sein muss.

Schließlich musste die damalige große Koalition nachgeben. Sie erhöhte den monatlichen Hartz-IV-Satz für Kinder zwischen sechs und dreizehn Jahren von 215 auf 251 Euro und gewährte eine jährliche Beihilfe von 100 Euro für die Schule. Das ist zwar immer noch zu wenig, zeigt aber: Wenn Menschen entschlossen und gemeinsam für eine Sache streiten, dann können sie etwas verbessern. Das macht Mut.



Wenn das Arbeitslosengeld endet

Läuft Ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld (ALG) bald ab und Sie müssen Hartz IV beantragen? Dann sollten Sie sich frühzeitig Gedanken über Ihre Ersparnisse machen. Hartz IV bekommen Sie nur, wenn Sie nicht zuviel Vermögen besitzen. Wichtig zu wissen: Bei der Prüfung kommt es nicht nur auf die Höhe, sondern auch auf die Art des Vermögens an. Bestimmte Vermögenswerte sind anrechnungsfrei – sie werden nicht berücksichtigt. Dazu gehören laut Gesetz etwa ein angemessenes Kraftfahrzeug, angemessene Möbel, Elektrogeräte und Hausrat. So kann es sinnvoll sein, ohnehin anstehende Anschaffungen vorzuziehen und das Geld auszugeben, bevor Sie Hartz IV beantragen. So wird Geldvermögen, das ansonsten angerechnet würde, in anrechnungsfreies Sachvermögen umgewandelt. Außerdem gelten noch besondere Regeln für die Altersvorsorge.

Bei Hartz IV gilt ein allgemeiner Vermögensfreibetrag von 150 Euro je Lebensjahr. Eine 40-Jährige darf also Ersparnisse bis zu 6000 Euro (gleich 40 mal 150) haben, ein Paar (45 und 55 Jahre alt) bis zu 15.000 Euro (gleich 100 mal 150). Hinzu kommen eine einmalige Pauschale von 750 Euro pro Person im Haushalt und ein eigener Freibetrag für jedes Kind in Höhe von 3.100 Euro.

Sind Ihre Ersparnisse geringer? Dann brauchen Sie nichts unternehmen, bevor Sie Hartz IV beantragen. Haben Sie höheres Vermögen als die Freibeträge, würde Ihr Hartz-IV-Antrag abgelehnt. Sie können jedoch vorher zwei Dinge überlegen:

Geld für die Altersvorsorge

Sie legen Geld für die Altersvorsorge an. Dabei muss im Vertrag ein sogenannter Verwertungsausschluss vereinbart werden. Der Nachteil: Sie kommen an das Geld bis zum Rentenbeginn nicht mehr heran. Der Vorteil: Die Altersvorsorge fällt nicht mehr unter den allgemeinen Freibetrag. Vielmehr gilt ein zusätzlicher Freibetrag von 750 Euro je Lebensjahr.

Sachwerte anschaffen

Sie können beispielsweise Ihr betagtes Auto gegen einen besseren gebrauchten im Wert von bis zu 7.500 Euro austauschen, eine neue Waschmaschine, einen Herd oder Külschrank kaufen, die weniger Energie verbrauchen. Oder in neue Küchenmöbel investieren. Solange es sich nicht um Luxusgüter, sondern normale Dinge handelt, bleiben sie anrechnungsfrei. Wenn Ihr verbleibendes Geldvermögen durch die Anschaffungen unter den allgemeinen Freibetrag sinkt, haben Sie Anspruch auf Hartz IV. Vermögen verschleudern oder verschenken ist jedoch nicht erlaubt.



Bei Niedriglohn hört der Spaß auf. Von wegen »Hauptsache Arbeit«. Die Gesellschaft ist reich, da muss auch anständig gezahlt werden.



Zusätzliche Hilfen bei Hartz IV

Früher konnte man beim Sozialamt zusätzliche Anträge stellen, wenn etwas außer der Reihe gebraucht wurde: eine Winterjacke zum Beispiel oder ein neuer Kühlschrank. Diese Einmal-Beihilfen wurden mit Hartz IV fast alle gestrichen. Es gibt jedoch noch drei Fälle, in denen zusätzliche Leistungen gewährt werden müssen. Scheuen Sie sich nicht, einen Antrag zu stellen. Diese Leistungen sind keine Almosen, um die Sie betteln müssen. Sie stehen Ihnen gesetzlich zu.

Zuschuss für Wohnung

Einmalbeihilfen gibt es für die Erstausstattung der Wohnung. Wenn Sie Ihren ersten eigenen Haushalt gründen, steht Ihnen eine Beihilfe zu, um die Wohnung einrichten zu können. Dazu gehören Möbel, Elektrogeräte und Hausrat. Es gelten folgende Regeln: Die Beihilfe gibt es nur, wenn Sie etwas zum ersten Mal brauchen und anschaffen müssen. Dabei muss es sich aber nicht zwingend um die Einrichtung der allerersten Wohnung handeln.

Beispiel: Sie müssen umziehen. Im alten Mietshaus gab es einen Gemeinschafts-Waschkeller mit Waschmaschinen. Für die neue Wohnung brauchen Sie jedoch eine eigene Waschmaschine. Dafür steht Ihnen eine Beihilfe zu. Für alles, was kaputt geht und was ersetzt werden muss, erhalten Sie jedoch keine Beihilfe. Vorsicht: Junge Erwachsene dürfen nicht einfach ohne Genehmigung der Hartz-IV-Behörde von zuhause ausziehen. Es gelten spezielle Auflagen.

Beihilfe für Schwangere

Bekleidung muss aus der laufenden Hartz-IV-Leistung bezahlt werden. Schwangeren steht jedoch eine Extra-Zahlung für Bekleidung zu. Eine Beihilfe gibt es auch für die Säuglingsgrundausstattung. Dazu gehören nicht nur Anziehsachen wie Strampler, sondern auch Dinge wie Fläschchen, Plastikwanne, Wickelaufklage und Kinderwagen.

Geld für Klassenfahrten

Mehrtägige Klassenfahrten müssen Sie nicht aus der Hartz-IV-Pauschale zahlen. Dafür steht Ihnen eine zusätzliche Zahlung zu. Keine Beihilfe gibt es allerdings für eintägige Schulausflüge.

Für alle Beihilfen gilt: Stellen Sie rechtzeitig einen Antrag bevor die Ausgaben anstehen. Beihilfen können auch diejenigen erhalten, die als Geringverdienende mit ihrem Einkommen ein paar Euro über der Hartz-IV-Schwelle liegen. Dann wird die Beihilfe jedoch gekürzt: Die Hartz-IV-Behörde rechnet aus, um wie viel das vorhandene Einkommen in einem Zeitraum von sechs Monaten über dem Hartz-IV-Bedarf liegt. Dieser Betrag wird von der Beihilfe abgezogen.

Kapital soll für seine Krise zahlen

Die Banken gelten als Hauptverursacher der Wirtschaftskrise. Dabei sind sie nur ihrer eigenen Logik gefolgt: Überschüssiges Geld durch Kreditvergabe zu vermehren

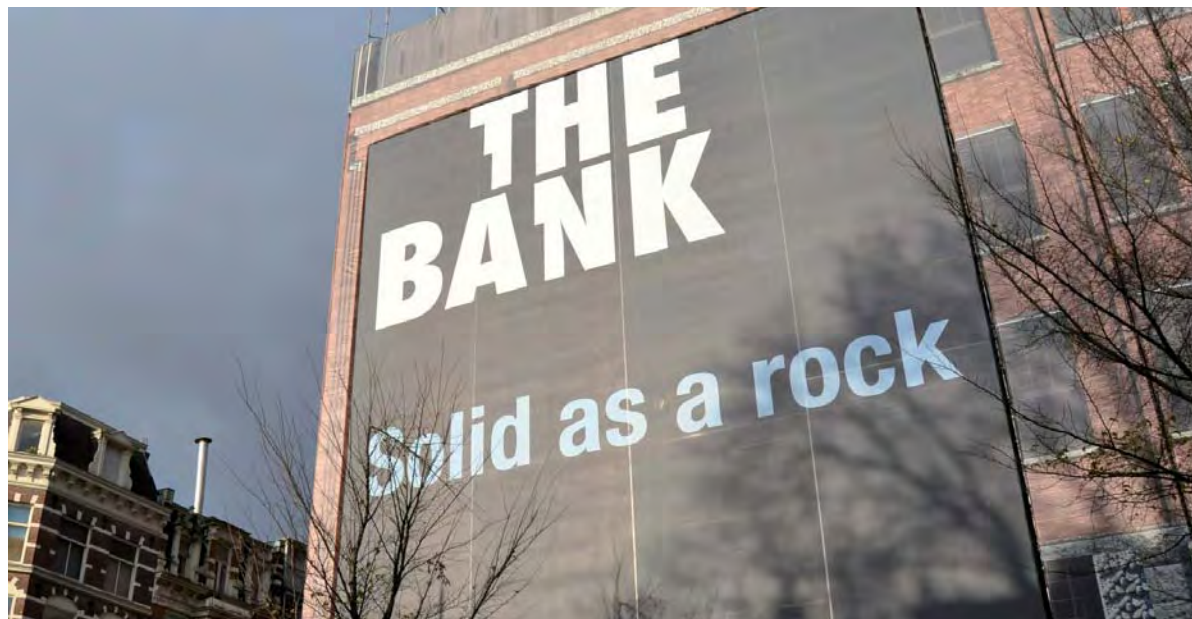


Foto: Wortbak

Eine der schwersten Wirtschaftskrisen der neueren Geschichte dauert seit nunmehr zwei Jahren an, auch wenn sich die Wirtschaft zunehmend optimistisch zeigt und einige Konzerne in diesem Jahr wieder Rekordgewinne ausweisen.

Die Verursacher der Krise sollen gierige Banken und deren Vorstände sein. Zu diesem Bild haben die selbstgefalligen Inszenierungen etwa eines Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, beigetragen. Richtig ist, dass die Banken vor der Krise zweifellos zu viele Kredite ausgegeben

haben, ob an Unternehmen, Private oder Staaten.

Ohne Kredite keine Investition

Die Kapitalverwertung insgesamt kommt jedoch ohne Kredit nicht aus. Ohne Kredite keine Investitionen, keine Wareneinkäufe, keine Fusionen, keine Anschaffung größerer Konsumgüter wie Autos oder Immobilien im Privaten, und auch kein Stopfen der staatlichen Haushaltslöcher.

Das überschüssige Kapital der Gesamtwirtschaft fließt den Banken zu,

die es profitabel anlegen müssen, als Kredite für die Produktion, als Wertpapiere oder Finanzwerten. Alle Jahre wieder ist zu beobachten, dass die Überproduktion an Kapital in Krisen vernichtet wird. Das Kapital insgesamt ist für die Krise verantwortlich, nicht allein die Banken.

Die Fähigkeit, Kredite zu bedienen, wird durch Überproduktionskrisen erschüttert, dabei werden mehr Waren hergestellt als nachgefragt werden. Das Kreditsystem kann zusammenbrechen, wenn die Angst vor Verlusten dazu führt, dass

Schuldner keine neuen Kredite mehr bekommen, mit denen sie alte Kredite zurückzahlen können. Die Funktionsweise des Gesamtkapitals, in die das Bankkapital eingebunden ist, verursacht also Krisen. Deshalb fühlt sich niemand persönlich verantwortlich. Deshalb muss das Kapital insgesamt für die Krisenfolgen aufkommen.

Vermögen wieder besteuern

Unter anderem müssen der Körperschaftssteuersatz der Kapitalgesellschaften und der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer auf die bis zum Ende der 1980er Jahre üblichen 56 Prozent angehoben werden. Das ist quasi ein Versicherungsbeitrag für die Vollkaskoversicherung, die der Staat mit seinen Rettungsprogrammen dem Kapital bietet.

In dem Prozess, der die Wirtschaft- und Finanzkrise erzeugt hat, entstanden riesige Vermögen. Diese Vermögen müssen wieder besteuert werden. Das könnte bis zu 80 Milliarden Euro pro Jahr ergeben.

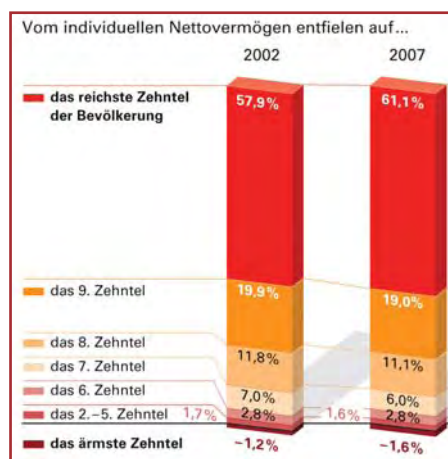
Das Gesamtkapital massiv heranzuziehen, wirkt dem entgegen, dass Lohnabhängige, Erwerbslose, RentnerInnen, Schüler und Studierende mit Sparpaketen für die Folgen einer Krise aufkommen müssen, für die sie nicht verantwortlich sind.

Geld ist genug da

Jeder Mensch in Deutschland besitzt statistisch 88.000 Euro. Über ein Viertel der Menschen hat nichts davon

Dagobert Duck, Multimilliardär aus Entenhausen, badet gerne in seinem Geld. Würden die Reichen hierzulande ihren Besitz ebenfalls in großen Geldspeichern aufbewahren, dann könnten alle die goldenen Türme sehen, die in den Himmel ragen. Darin zu baden, macht nicht wirklich Spaß, es ist eine eher trockene Angelegenheit. Das Geld einzusetzen, um etwa öffentliche Schwimmbäder zu bauen, das wäre was.

Das private Geldvermögen ist im vergangenen Jahr um 239 Milliarden Euro gestiegen und beträgt nun 4,67 Billionen Euro. Dies berichtete der Bundesverband der deutschen Banken. 4,67 Billionen sind eine kaum noch vorstellbare Zahl. Angenommen eine halbe Million Euro in Münzen passt in eine Badewanne und tausend solcher Badewannen passen in ein Schwimmbecken im Freibad. Dann füllt das Geldvermögen ganze 9340 Schwimmbäder.



Deutlich sichtbar: Das reichste Zehntel hat immer mehr. Quelle: Sozioökonomisches Panel 2002, 2007, Hans-Böckler-Stiftung

Nimmt man zum Geldvermögen das Sachvermögen hinzu und teilt es auf alle Erwachsenen gleichmäßig auf, dann entfallen auf jeden Menschen in Deutschland 88.000 Euro. Tatsächlich ist das Vermögen jedoch extrem ungleich verteilt. »27 Prozent der Bevölkerung weisen so gut wie kein Vermögen auf oder sind sogar verschuldet. Hingegen besitzen die vermögendsten zehn Prozent der Bevölkerung insgesamt einen Anteil am Gesamtvermögen von mehr als 60 Prozent«, erläutert Markus Grabka, Mitarbeiter beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Die obersten ein Prozent, also die Allerreichsten in Deutschland, verfügen fast über ein Viertel des Gesamtvermögens.

Im Sozialbereich sollen nächsten Jahr 4,3 Milliarden Euro gekürzt werden. Dieser Betrag käme auch zusammen, wenn die Allerreichsten nur 0,3 Prozent ihres Besitzes über höhere Steuern abgeben müssten.

Vermögende fordern Abgabe

Das Bündnis ist außergewöhnlich, seine Forderung ebenso: 47 Vermögende, die 500.000 Euro und mehr besitzen, fordern höhere Abgaben für sich und weitere 2,3 Millionen wohlhabende Bürger. Auf Vermögen über einer halben Million soll eine zehnprozentige Abgabe fällig werden. »Diese Abgabe wäre eine bescheidene Nachzahlung für die gesparte Vermögenssteuer, die wir seit 1997 nicht mehr zahlen müssen«, erläutert Peter Vollmer, ein Unterzeichner des Appells.

Die Einnahmen in Höhe von 100 Milliarden Euro sollen für Umwelt, Bildung und Soziales verwendet werden. »Das Geld soll sinnvolle Arbeitsplätze schaffen anstatt in den Spiel-Casinos der Finanzbranche Unheil anzurichten«, sagt Peter Vollmer weiter.

Mehr Informationen unter www.appell-vermoegensabgabe.de

Galida: Bunter Protest

Anfang März feierte die gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative GALIDA ein römisches Gelage in der FDP-Geschäftsstelle in Darmstadt – aus Protest gegen Äußerungen des FDP-Vorsitzenden Westerwelle zu Hartz IV. Die Partei der Besserverdienenden verstand keinen Spaß und erstattete Anzeige, obwohl die Aktion völlig friedlich verlief.

Die Aktiven von GALIDA lassen sich aber nicht einschüchtern: Ende Juli enterten sie unter dem Motto »Krieg den Palästen« die Lobby des Maritim-Hotels in Darmstadt, um dort symbolisch einen Geldkoffer abzugeben: Um 432.400 Euro Mehrwertsteuer wird allein dieses Maritim-Hotel jährlich entlastet, während die Regierung weitere Kürzungen bei Erwerbslosen plant.

Mehr Informationen unter <http://galida.wordpress.com>



Galida-Aktive protestieren in der FDP-Geschäftsstelle in Darmstadt.

Foto: Andreas Arnold



Arbeitslosenprojekt TuWas (Hrsg.)
Leitfaden für Arbeitslose
Der Rechtsratgeber zum SGB III
27. Auflage, Stand 1.5.2010
2-farbig, 702 Seiten
15,- € (zzgl. Portokosten)

»Eine in jedem Fall lohnende Investition«
(metall, Magazin der IG Metall)

Bestellungen: Fachhochschulverlag
Kleiststr. 10, Geb. 1
60318 Frankfurt
Tel.: (069) 1533 2820
Fax: (069) 1533 2840
bestellung@fhverlag.de
www.fhverlag.de

Wissen, was recht ist

Vom Leitfaden über die Grundsicherung bis hin zu detaillierten Rechtsratgebern: Gute Informationen zu Hartz IV im Überblick

Die Arbeitsagenturen und Jobcenter sind verpflichtet, umfassend zu informieren und zu beraten. Dieser Pflicht kommen sie aber oft genug nicht nach. Also gilt: Lieber selbst schlau machen.

Zum Glück gibt es gut recherchierte Leitfäden zu den Leistungsansprüchen. Aber welcher Leitfaden ist der passende? Die nachfolgend empfohlenen Leitfäden zum Arbeitslosengeld II und zur Sozialhilfe ergreifen Partei für die Betroffenen. Sie enthalten eine Menge wertvoller Tipps.

Sie haben das erste Mal mit Hartz IV oder Sozialhilfe zu tun? Sie wollen einen Überblick bekommen und verstehen, wie das Leistungsrecht gestrickt ist? Wir empfehlen zwei Ratgeber:

Wie sichere ich meinen Lebensunterhalt?
Neuaufgabe 2008, ISBN 978-3-86039-012-2, 276 Seiten, 8,80 Euro. Bestellungen über AJZ Druck, Heeper Strasse 132, 33607 Bielefeld, fax: 0521. 521 20 43, www.ajzdruck.de
Autorinnen sind Ulrike Gieselmann und weitere Beraterinnen mit langjähriger Erfahrung vom Verein Widerspruch e.V. in Bielefeld. Der Leitfaden ist gut lesbar und zugleich fachlich sehr ausgefeilt. Er informiert auch über die Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung sowie das Unterhaltsrecht, das oft eine Rolle spielt. Details und Beispiele beziehen sich auf Bielefelder Verhältnisse, sind aber übertragbar.

Wissen und Tipps für Betroffene – Wegweiser durch den Alg-II-Dschungel
Neuaufgabe 2009, 134 S., 5 Euro plus Porto. Bestellungen über KOS,

Märkisches Ufer 28, 10179 Berlin, eMail info@erwerbslos.de
Der Ratgeber der KOS informiert prägnant und verständlich über die wichtigsten Regelungen bei Hartz IV. Er enthält praktische Hilfen wie eine Checkliste, mit der Bescheide geprüft werden können und Muster-texte für Anträge und Widersprüche.

Tipp: Beide Ratgeber geben einen guten Überblick und erleichtern so die Suche nach Informationen zu Spezialfragen.

Der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Dies gilt erst recht bei den Ämtern für Erwerbslose. Wer seine Rechte durchsetzen will, braucht daher aktuelle und genaue Informationen – auch zu Detailfragen. Zu finden sind diese hier:

Leitfaden für Alg II / Sozialhilfe von A - Z
von Frank Jäger und Harald Thome. ISBN 3-932246-78-0, 978-3-932246-78-4, Taschenbuch, DIN A 5, 449 Seiten, 10 Euro einschließlich Versand. Bestellungen über: DVS Verlag, fax: 069. 74 01 69, Schumannstr. 51, 60325 Frankfurt, www.dvs-buch.de
Das Nachschlagewerk ist nach alphabetischen Stichworten gegliedert. Die Informationen erschließen sich all jenen gut, die sich bereits Grundkenntnisse zum Leistungsrecht erarbeitet haben. Auf rund 100 Seiten listet der Leitfaden zudem Tipps für die Auseinandersetzung mit dem Amt auf (»Sich wehren von A - Z«). Die Autoren veröffentlichen auch das Internetangebot der Initiative Tacheles: www.tacheles-sozialhilfe.de

Tipp: Wer geballte Informationen schnell nach Schlagworten finden will, ist bei dem Leitfaden richtig.

Allen drei bisher empfohlenen Leitfäden liegen Ergänzungsblätter zum aktuellen Rechtsstand bei.

In seiner Ausführlichkeit unschlagbar ist folgender Leitfaden:

Leitfaden zum Arbeitslosengeld II. Der Rechtsratgeber zum SGB II
von Udo Geiger: Auflage 2009, 736 Seiten, 15 Euro zuzüglich Versand, ISBN 978-3-940087-60-7. Bestellungen über Fachhochschulverlag, Kleiststr. 10, Geb. 1, 60318 Frankfurt, fax: 069. 15 33 28 40, eMail: bestellung@fhverlag.de
Dieser Rechtsratgeber bietet zu jeder Frage rund um das Alg II umfassende Informationen. Ein Stichwortverzeichnis am Ende des Buches und die Übersichten zu Beginn jedes Kapitels erleichtern die Suche in diesem Schatz. Zum Streiten mit den Ämtern geben die Abschnitte »Verfahren« und »Rechtsschutz« auf rund 60 Seiten Auskünfte.

Tipp: Dieser Leitfaden ist für alle der richtige, die es ganz genau wissen wollen und sich nicht scheuen, fachlich anspruchsvolle Texte zu lesen.

Das Internet stellt darüber hinaus eine nahezu unendliche Fundgrube für Informationen zum Thema, nicht immer sind alle auch richtig. Besser ist es da, die Internetseiten der Erwerbslosen-Netzwerke anzusehen, die Adressen finden Sie auf Seite 8.

»Nur allein machen sie Dich ein« – Initiativen vor Ort helfen

Sie wollen mehr erfahren, sich mit Gleichgesinnten austauschen und zusammentun? Sie suchen also eine Be-

ratungsstelle oder Erwerbsloseninitiative in Ihrer Nähe? Adressen finden Sie bei der Koordinierungsstelle (KOS): www.erwerbslos.de/adressen/anfrage.html oder bitte telefonisch erfragen unter 030. 86 87 67 00 sowie bei Tacheles: www.tacheles-sozialhilfe.de/adressen/default.aspx
Bei Tacheles finden Sie auch Rechtsanwältinnen und Begleit-Angebote zu den Ämtern.

Die Gewerkschaft ver.di bietet ihren Mitgliedern eine individuelle Internetberatung an: www.verdi-erwerbslosenberatung.de

Infos für Geringverdiener

DGB-Ratgeber: Hilfen für Beschäftigte mit geringem Einkommen. Wohngeld – Kindergeld – Hartz IV
Broschüre, DIN A 5, 56 S., 1 Euro plus Versandkosten. Bestellungen über: www.dgb-bestellservice.de oder PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin
Hilfreiche Tipps für Menschen in ungesicherter Beschäftigung bietet die DGB-Internetseite www.ratgeber-ungesicherte-jobs.dgb.de

quer – Erwerbslosenzeitschrift
DIN-A4-Format, circa 36 Seiten, erscheint etwa alle zwei Monate, 6 Ausgaben für 12,50 Euro, Probeheft: 1,65 Euro in Briefmarken einschicken. Bezug: quer, Postfach 1363, 26003 Oldenburg, www.alsozentrum.de/allgemein/quer.htm
Die bundesweit herausgegebene, unabhängige Zeitschrift für Erwerbslose mit Informationen aus Sicht der Betroffenen.

Ohne Angst zum Amt

Sie können eine Person Ihres Vertrauens mit zum Amt nehmen – einen so genannten Beistand. Das ist Ihr gutes Recht (siehe auch auf dieser Seite unten).

Eigenen Ordner anlegen

Was Sie schwarz auf weiß haben, können Sie jederzeit nachlesen. Daher ist es empfehlenswert, einen eigenen Ordner anzulegen. Darin sollten Sie alle Bescheide und Briefe des Amtes abheften. Auch die Kopien von Ihren Anträgen oder Briefen an das Amt gehören in den Ordner. Hilfreich ist auch, wenn Sie sich nach einem Termin beim Amt das Ergebnis kurz aufschreiben.

Schriftliche Anträge stellen

Wenn Sie einen Anspruch beim Amt geltend machen wollen, sollten Sie immer einen schriftlichen Antrag stellen. Mündlich vorgetragene Wünsche werden oft mündlich abgelehnt oder gar nicht bearbeitet. Wenn aber ein schriftlicher Antrag vorliegt, muss das Amt darüber in Form eines Bescheides entscheiden. Es kommt auch schon mal vor, dass Post beim Amt verloren geht. Wichtige Schreiben und Unterlagen sollten Sie daher am besten persönlich bei der Behörde abgeben und sich den Eingang auf einer Kopie bestätigen lassen – mit einem Eingangsstempel und der Unterschrift des Mitarbeiters.

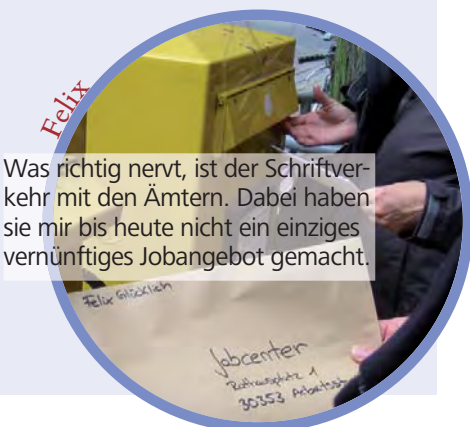
Um Bedenkzeit bitten

Sie sollten auf dem Amt nichts vorschnell und unüberlegt unterschreiben. Wenn Sie sich unsicher sind und die Folgen Ihrer Unterschrift nicht überblicken können, dann bitten Sie um einige Tage Bedenkzeit. Sie können sich dann von einer unabhängigen Beratungsstelle oder Ihrer Gewerkschaft beraten lassen.

Widerspruch und Klage

Viele Arbeitslose vertrauen darauf, dass ihre Bescheide korrekt sind. Viele denken, was in einem offiziellen Brief einer Behörde steht, das wird schon stimmen. Eine ganze Reihe von Bescheiden ist aber fehlerhaft oder rechtswidrig. Dies belegt schon die hohe Erfolgsquote von Widersprüchen und Klagen, mit denen sich Leistungsberechtigte gegen Entscheidungen ihres Amtes wehren.

Wenn Sie sich ungerecht behandelt fühlen, dann sollten Sie den Bescheid eines Amtes nicht einfach hinnehmen. Wenden Sie sich an eine Beratungsstelle für Arbeitslose oder Ihre Gewerkschaft. Der gewerkschaftliche Rechtsschutz gilt auch, wenn es um Arbeitslosengeld oder Hartz IV geht. Lassen Sie klären, ob der Rechtsweg mit einem Widerspruch oder einer Klage Aussicht auf Erfolg hat. Einen Widerspruch müssen Sie innerhalb eines Monats einlegen, nachdem Sie den Bescheid bekommen haben. Beim Sozialgericht werden übrigens keine Gerichtsgebühren fällig und die Verfahren sind relativ bürgerfreundlich.



Was richtig nervt, ist der Schriftverkehr mit den Ämtern. Dabei haben sie mir bis heute nicht ein einziges vernünftiges Jobangebot gemacht.

Wunder gibt es immer wieder

Wer in Begleitung bei der ARGE oder im Job-Center erscheint, ist im Vorteil

»Erst ab 25 Jahren können Sie einen Antrag stellen«, sagt die Frau am Empfangstresen der Oldenburger ARGE, die für Hartz IV zuständig ist. »Im Gesetz steht ab 15 Jahren«, erwidern die Aktiven der Arbeitslosenselbsthilfe, die den 19-jährigen Antragsteller begleiten. Da sich die Frau am Empfang nicht überzeugen lässt, geht die Gruppe direkt zum Amtsleiter, der den Antrag schließlich annimmt und abzeichnet. »Alleine«, befürchtet der 19-Jährige, »hätte ich mich wohl abwimmeln lassen«.

In immer mehr Orten begleiten Erwerbsloseninitiativen Hartz-IV-Berechtigte zum Amt. Ihre Erfahrungen sind durchweg positiv. Mit einem Beistand zum Amt zu gehen – das bewirkt oftmals Wunder: Probleme lassen sich besser lösen und Ansprüche leichter durchsetzen. So wird etwa das dringend benötigte Hartz-IV-Geld bar ausgezahlt, nachdem es nicht rechtzeitig vom Amt überwiesen worden war. Oder die schon längst gemeldete Mieterhöhung wird nun endlich berücksichtigt und die zustehende Leistung nachgezahlt.

Wer sich auf dem Amt ungerecht behandelt fühlt, denkt vielleicht schon mal an eine Dienstaufsichtsbeschwerde. Sabine Jorns, Oldenburger Anwältin, sieht darin wenig Sinn:



»Damit ändern Sie meistens gar nichts«. Beistände sind viel wirkungsvoller, weil sie einen direkten Nutzen bewirken können: bar ausgezahlt Geld.

Recht auf Beistand

Eine Person des Vertrauens mit zum Amt zu nehmen, dies wird durch den Paragraphen 13 des Sozialgesetzbuches X ermöglicht. Meist hilft es schon, wenn der Beistand als stummer Zeuge beim Gespräch dabei ist. Der Beistand kann aber auch stellvertretend für Sie ein Anliegen vorbringen. Dann wird

alles, was der Beistand sagt, so gewertet, als hätten Sie es selbst gesagt. Das gilt solange, bis Sie dem Beistand ausdrücklich widersprechen.

Jemand aus dem Freundes-, Bekanntenkreis oder der Nachbarschaft ist als Beistand besser geeignet als der Ehepartner oder Verwandte. Denn im Streitfall gelten verwandte oder verschwägte Personen als parteiisch und daher als wenig glaubwürdig.

»Hilfreich für beide Seiten«

Nachgefragt bei Wolfgang Burkert, Geschäftsführer des Job-Centers in Wilhelmshaven.

Wie bewerten Sie es, wenn Erwerbslose mit einem Beistand ins Amt kommen?

Wolfgang Burkert: Die Vorschriften sind teilweise sehr kompliziert. Die erforderlichen Vordrucke sind zudem sehr umfangreich und für Laien nicht immer verständlich. Daher ist es durchaus hilfreich, wenn sich unerfahrene Antragsteller durch fachkundige Personen begleiten lassen. Hilfreich für die Antragsteller sowie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Job-Center. Die Begleiter können dann

Wichtig ist, bei Stress einen kühlen Kopf zu bewahren. Vorab sollte geklärt werden, was mindestens erreicht werden soll. In einigen Orten gibt es auch Erwerbsloseninitiativen oder Beratungsstellen, die eine Begleitung zum Amt anbieten.

Mehr Infos im Netz: www.erwerbslos.de und www.tacheles-sozialhilfe.de, Suchbegriff »Beistände«.

aufklärend wirken, als Mittler auftreten sowie als Übersetzer aus der Amtssprache. Ein vorhandenes Grundverständnis der Gesprächspartner untereinander ist dabei von elementarer Bedeutung.

Wie können Erwerbslose bei Bedarf leichter die Möglichkeit nutzen, mit Beistand vorzusprechen?

Wolfgang Burkert: Im Rahmen vertrauensvoller Zusammenarbeit wird in Wilhelmshaven ab und an die Empfehlung ausgesprochen, sich von gemeinnützigen Trägern wie dem Diakonischen Werk oder der Arbeitsloseninitiative beispielsweise beim Ausfüllen der Antragsunterlagen helfen zu lassen. Eine Begleitung bei der Abgabe im Job-Center ist dann häufig die Folge.



Mindestens 80 Euro mehr!

Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 10. Oktober in Oldenburg.
Bringen Sie Kochtopf und Kochlöffel mit!

Wütend über Milliardengeschenke an Banken und Sparpakete für die Ärmsten der Gesellschaft? Ungläubiges Staunen, dass mit der Streichung des Elterngelds für Hartz-IV-Beziehende in erwünschte und unerwünschte Kinder unterschieden wird? Sauer, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden? Flaues Gefühl im Magen, weil die Gesundheit immer teurer, die Rente immer kleiner und die Zukunft immer ungewisser wird? Null Verständnis dafür, warum es in einer reichen Gesellschaft immer noch keinen gesetzlichen Mindestlohn und kein

► Wir wollen ein Einkommen für alle, das auch für eine gesunde Ernährung ausreicht!

► Wir wollen Arbeitsplätze mit sinnvoller Arbeit und existenzsicherndem Einkommen!

► Wir wollen gesellschaftliche Kontrolle unserer Lebensmittelproduktion!

► Wir wollen eine ökologische nachhaltige und regionale Versorgung mit Lebensmitteln!

ausreichendes Einkommen für alle geben soll? Abgenervt von Westermelle und Co? Ohnmachtsgefühle, denn was kann man schon tun?

Noch in diesem Jahr muss die Bundesregierung die Hartz-IV-Sätze neu berechnen. Viele Erwerbslosengruppen fordern für Erwachsene 500 Euro, viele gewerkschaftliche Initiativen mindestens 440 Euro. Aber noch in diesem Jahr muss es genug Geld geben für eine ausreichende und ausgewogene Ernährung. Für Ernährung gibt's heute für Erwachsene nur 118 Euro monatlich, pro Tag 3,94 Euro, für ein 13-jähriges Kind gar nur

2,76 Euro. Das ist ein gesellschaftlicher Skandal. Wenigstens 80 Euro mehr im Monat sind für eine ausreichende und einigermaßen ausgewogene Ernährung notwendig!

Wenig Hartz IV schlecht für alle

Mit Hartz IV sind wir gezwungen, bei Aldi und Lidl einzukaufen. Aber wir wollen nicht als Rechtfertigung für den Preiskrieg der Discounter missbraucht werden. Mit ihrer wachsenden Marktmacht bedrohen sie die Existenz kleiner Lebensmittelproduzenten, sind verantwortlich für unmenschliche Löhne und Arbeitsbedingungen auf der ganzen Welt und zerstören mit immer weiteren Transportwegen die Umwelt.

Uns ist die Qualität unserer Ernährung und unserer Umwelt nicht egal. Und es ist uns auch nicht egal, unter welchen Bedingungen – weltweit – die Lebensmittel produziert und verkauft werden und wie dabei mit unserer Umwelt und den Tieren umgegangen wird. Wir wollen faire, gerechte und nachhaltige Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Menschen auf der ganzen Welt! Mit dieser Einstellung stehen wir nicht alleine da: Gewerkschaften und Landwirte streiten mit uns.

Wir bestehen darauf, dass der von allen erarbeitete gesellschaftliche Reichtum gerecht verteilt wird. Jeder Mensch hat ein Recht auf ein menschenwürdiges Einkommen, egal ob er gerade Arbeit hat oder nicht!

Die Demonstration findet am Sonntag, 10. Oktober 2010, in Oldenburg statt. Treffpunkt ist um 13 Uhr an der Südseite des Hauptbahnhofs. Am 9. Oktober findet in Oldenburg eine Veranstaltung zur Neufestsetzung der Regelsätze statt. Einen Fachvortrag hält Rudolf Martens, Experte des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

► Mehr Informationen im Netz: www.krach-statt-kohldampf.de

Terminkalender

- 13. September bis 19. September: Protest gegen Kürzungen im Sozialetat: Präsentation der »letzten Hemden« vor dem Bundestag
- 29. September: Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbunds mit Großdemonstration in Brüssel und gewerkschaftlichen Aktionen bis hin zu Generalstreiks europaweit sowie Bankenaktionstag von attac
- 9. Oktober: Konferenz zu Hartz-IV-Regelleistungen in Oldenburg
- 10. Oktober: Bundesweite Erwerbslosen-Demonstration »Krach schlagen statt Kohldampf schieben« in Oldenburg
- 20. Oktober bis 13. November: Gewerkschaftliche Aktionswochen mit Demonstrationen und betrieblichen Aktivitäten während der Arbeitszeit. Neben dem Protest gegen Kürzungen im Sozialen geht es um »Rente mit 67«, Kopfpause (Gesundheitspolitik), Finanznot der Kommunen sowie Leiharbeit. Mehr Infos: www.gerecht-geht-anders.de
- 13. November: Regionale gewerkschaftliche Demonstrationen, zum Beispiel in Dortmund für Nordrhein-Westfalen

Außerdem in einzelnen Bundesländern

- 18. Oktober: Aktionstag der »AG Georg Büchner« vor sogenannten systemrelevanten Banken in Frankfurt am Main
- 30. Oktober: Demonstration in NRW, der Ort steht noch nicht fest. Veranstalter: NRW-Bündnis »Wir zahlen nicht für Eure Krise!«

Spendenaufruf

Diese Zeitung wird kostenlos verteilt. Die Herstellung hat jedoch viel Geld gekostet. Wir freuen uns daher über Spenden von allen, die es sich leisten können: Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e.V., S/E/B Berlin, BLZ: 100 101 11, Konto: 12 42 77 14 00, Verwendungszweck: Zeitung. Der Förderverein ist als gemeinnützig anerkannt, Spenden sind somit von der Steuer absetzbar.

Gemeinsam stark!

Erwerbsloseninitiativen und Gewerkschaften arbeiten zusammen, um mehr zu erreichen

Diese Zeitung und die Demonstration am 10. Oktober in Oldenburg werden getragen von:



Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP)

Das offene bundesweite Netzwerk von Erwerbslosen- und Sozialprotestinitiativen setzt sich seit 2005 für die gemeinsamen Interessen von Erwerbslosen und Erwerbstätigen ein, beispielsweise für die Erhöhung 2009 des Kinderregelsatzes von 6 bis 13 Jahren. info@die-soziale-bewegung.de, www.die-soziale-bewegung.de



Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO)

ALSO organisiert sich für gerechte Einkommen und würdiges Leben weltweit. Dem dient ein eigenes Arbeitslosenzentrum, parteiische Beratung, Unterstützung und Aktionen, die Zeitschrift »quer« und Bündnisarbeit. Donnerschwer Str. 55, 26123 Oldenburg | also@also-zentrum.de, www.also-zentrum.de



Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen (BAG-PLESA)

BAG-PLESA versteht sich als eine auf der Selbstorganisation einkommensarmer Menschen basierende Interessenvertretung. Die BAG Prekäre Lebenslagen ist bundesweit tätig. c/o Hans-Jürgen Reglitzki, Hauptstraße 16, 49696 Mollbergen | hjreglitzki@web.de, www.bag-plesa.de



Erwerbslosen Forum Deutschland

Das Selbstverständnis des Erwerbslosen Forum Deutschland ist die Förderung, Unterstützung und Betreuung von Menschen, die unschuldig in die soziale Armut geraten sind. Grundsatz ist die Hilfe zur Selbsthilfe sowie parteiische Öffentlichkeit im Sinne der Betroffenen.

Schickgasse 3, 53117 Bonn redaktion@erwerbslosenforum.de, www.erwerbslosenforum.de



Erwerbslosenverein Tacheles

Der Erwerbslosenverein Tacheles e.V. betreibt in Wuppertal ein Beratungszentrum, arbeitet lokalpolitisch als Interessenvertretung und informiert mit

seiner bundesweit beachteten Website zu ALG II und Sozialhilfe. Rudolfstraße 125, 42285 Wuppertal info@tacheles-sozialhilfe.de, www.tacheles-sozialhilfe.de



Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosen-gruppen (KOS)

Die KOS versteht sich als Scharnier zwischen Initiativen und Gewerkschaften und stellt die gemeinsamen Interessen von Menschen mit und ohne Arbeit nach vorne. Sie organisiert Protestaktionen und gibt Tipps zu Leistungsansprüchen.

Märkisches Ufer 28, 10179 Berlin info@erwerbslos.de, www.erwerbslos.de



ver.di Erwerbslose

Die ver.di-Erwerbslosen sind eine sogenannte Personengruppe von ver.di – wie Jugend, Frauen, Senior/inn/en. Schwerpunktthema ist die Existenzsicherung mit und ohne Arbeit. Beratung gibt es in den Büros vor Ort oder im Internet.

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin | erwerbslose@verdi.de, www.erwerbslose.verdi.de

Mitmachen im Netz!

Kein Streichkurs im Sozialen
www.campact.de

Schreiben Sie doch mal wieder. Zum Beispiel Ihren örtlichen Bundestagsabgeordneten. Auf www.campact.de können Sie den Abgeordneten aus Ihrem Wahlkreis eine vorgefertigte eMail zukommen lassen oder auch einen eigenen Text verfassen. Fordern Sie die Abgeordneten auf, sich dafür einzusetzen, dass die angekündigten Kürzungen im Sozialressort nicht umgesetzt werden und stattdessen Reiche und Vermögende stärker besteuert werden.

Strafen gegen Hartz-IV-Bezieher aussetzen
www.sanktionsmoratorium.de

Die Strafen bei Pflichtverletzungen von Hartz-IV-Beziehern sind völlig überzogen. Das fanden auch Prominente aus Politik und Wissenschaft und gründeten das Bündnis für ein Sanktionsmoratorium. Sie fordern: Die Strafen sollen ganz ausgesetzt werden – bis die Pflichten neu geregelt sind.

Zur Zeit wird der Hartz-IV-Satz bei der ersten Strafe um 108 Euro gekürzt und bei der zweiten Strafe ganz gestrichen. Die meisten Strafen betreffen Meldetermine, die Anzahl von Bewerbungen oder Ein-Euro-Jobs. Unter www.sanktionsmoratorium.de können Sie die Forderung unterschreiben, dass die Strafen ausgesetzt werden.



Mal hören, was die anderen so machen. Wäre mal wieder Zeit für ein Treffen. Und wir können ja am 10. Oktober zur Demo fahren.

Impressum

Herausgeber: Erwerbslosen-Netzwerke V.i.S.d.P.: Horst Schmitthenner, Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosen-gruppen (KOS), Märkisches Ufer 28, 10179 Berlin

Text und Redaktion: Martin Behrsing, Maja Binder, Hinrich Garms, Guido Grüner, Manfred Horn, Frank Jäger, Angelika Klahr, Claudia Kratzsch, Martin Künkler, Joachim Peiler, Edgar Schu
Gestaltung, Satz: Manfred Horn
Druck: alpha print medien AG, Darmstadt

Bestellungen (Mindestmenge 250 Stück) über: KOS, fax 030. 86 87 67 021 oder eMail info@erwerbslos.de

Die Zeitung wird gefördert von der Stiftung Menschenwürde und Umwelt (www.labournet.de/stiftungMundaV)

Hinweis: Die Namen von Personen in den Artikeln hat die Redaktion auf Wunsch teilweise geändert. Die Personen nehmen an, dass ihnen die Nennung ihres echten Namens, der der Redaktion bekannt ist, Nachteile und Schwierigkeiten bringen würde.